

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das sowie für das Königliche

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff Forstrentamt zu Tharandt.

Verantwortlicher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 25614.

Nr. 7.

Mittwoch den 9. Januar 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

## Vor der Entscheidung.

### Lloyd Georges Kriegsziele.

Einen Tag nach Ablauf der Frist, die den Westmächten von ihren russischen Verbündeten für den Anschluß an die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk gestellt worden war, hat der britische Ministerpräsident sich wieder einmal dem näheren über die Kriegsziele der Entente ausgelassen. Man muß zugestehen: darin liegt eine besondere Freiheit, die in St. Petersburg wohl richtig gewürdigt werden wird. Lloyd George wollte sagen: Ihr Lenin und Trotzki könnt reden und telegraphieren soviel Ihr wollt, von Euch lasse ich mir noch lange keine Vorwürfe machen. Aber kaum war die Frist abgelaufen, da ließ er die Vertreter der Gewerkschaften zu sich kommen und identisch ihnen klaren Wein ein über das Friedensprogramm, wie er es sich nach gründlicher Überlegung mit Asquith, Grey und einigen Ministern der überseeischen Besiegten des Reiches ein für allemal zurechtgelegt hat. Und Reuter beiläufig nun, der ganzen Welt die neuen Offenbarungen des britischen Kriegsgenies vorzusetzen. Man höre und man staune!

Zunächst: was England nicht will. Weder Deutschland noch das deutsche Volk sollen zerstört oder zugrunde gerichtet werden, man will es nur für sorglos von seinen Plänen einer militärischen Beherrschung der Welt ablenken, damit es alle seine Kräfte nützlicheren Dingen widmen könne. Wahrheit vöterlich gedacht, nicht? Auch die Verfassung des Deutschen Reiches soll nicht abgeändert werden, wenn man auch die Einführung einer wirtschaftlichen Demokratie als den besten Beweis für die endgültige Vereinfachung des Geistes der Militärherrschaft wohlwollend begrüßen würde. Mehr können wir schon eigentlich gar nicht mehr verlangen, aber — nun kommt erst die fordernde Seite der britischen Kriegsziele. Was zuerst: vollständige Wiederaufrichtung und Entschärfung Belgiens. Dann: Wiederherstellung Serbiens, Montenegro's, der besetzten Teile Frankreichs, Italiens und Rumaniens, vollständige Zurückziehung der feindlichen Armeen. Bis zum Untergang will Lloyd George an der Seite Frankreichs kämpfen, und dessen Verlangen nach „Wiederherstellung“ des „großen Unrechts von 1871“ zu unterstützen, das, solange es nicht geheilt sei, keine gelunden Zustände in Europa wieder zulasse. Aber Rußland will er nicht viele Worte verlieren. Genuß, daß Deutschland es mit Preußen einzumischen lüch, während es nicht in seiner Absicht liege, auch nur eine der Provinzen und Städte, die es besetzt halte, zurückzugeben. Wenn die neuen russischen Machthaber unabhängig von ihren Verbündeten vorgehen wollten, würde ihr Land der Katastrophe verfallen, und dagegen würden die Westmächte nichts ausrichten können, obwohl sie sonst stolz darauf wären, Seite an Seite mit der neuen Demokratie Rußlands zu kämpfen. Und was Polen betrifft, so müssen natürlich auch die preussischen Anteile dem unabhängigen Königreich einverleibt werden, ehe von einem Gleichgewicht der Kräfte in Osturopa die Rede sein kann. Ähnlich steht es mit den slavischen Volksteilen Osterreich-Ungarns, das aber beileide nicht etwa aufgelöst werden soll; nur ausgeschlachtet soll es werden, wie ein gefallenes Tier, damit es nicht länger im Verein mit seinem deutschen Bundesgenossen ein Wort mitsprechen hat im Rate der großen Völker. Und so müssen natürlich auch die Italiener bei der Verteilung des alten Kaiserstaates auf ihre Kosten kommen, und nicht zu vergessen die Rumänen, deren Verneinungen auf Vereinfachung aller ihrer Volksgenossen unter dem glorreichen Regiment eines Brutiannus unbedingt Gerechtigkeit geschehen muß. Bleibt nur noch die außer-europäische Völkerverteilung. Nun, was ist da selbstverständlich, als daß Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien und Palästina den Entente-Ländern dauernd erhalten bleiben, während die deutschen Kolonien „zur Befriedigung der Konferenz“ gehalten werden müssen, deren Entscheidung in erster Linie Rücksicht auf die Wünsche und Interessen der eingeborenen Bevölkerung dieser Kolonien nehmen muß. Zum Schluß folgt dann noch der übliche Schwanz von Redensarten gegen den U-Boot-Krieg, die Drohung mit der Vorenthaltung von Rohstoffen und der Aussichtslosigkeit des Zukunftsparadieses des Völkerebens — und Lloyd George hatte sich wieder einmal seiner Aufgabe glänzend entledigt.

Was ist zu solchen Phantasien noch viel zu sagen? Etwas natürlich ganz und gar nichts, denn von diesen Kriegszielen sind die Herren von der Gegenseite jetzt, zu Beginn des Jahres 1918, weiter entfernt als je zuvor. Es kennzeichnet nur den unberechenbaren Hochmut dieser Weltbeherrscher, daß sie die Westmächte nach wie vor wie einen schon halb unterlegenen Gegner behandeln, an dessen Wahre man sich bald zum Leichenschmaus niederlegen werde. Aber die Russen werden sich nun von neuem davon überzeugen können, wie der allgemeine Friede ohne Annexionen und Entschädigungen ausfällt, den

sie von und mit den Engländern erreichen können. Und bei uns und unseren Verbündeten wird vielleicht noch manchem endlich ein Licht darüber aufgehen, wie lange wir den Krieg noch fortsetzen müßten, bis wir mit unserem Friedensprogramm Gnade vor den Augen der grundsätzlichen Kriegstreiber, zu deren Wortführer sich Lloyd George wieder einmal gemacht hat, finden würden.

### Denderson und Lansdowne.

Der englische Arbeiterführer Denderson, ebendam auch Mitglied des Ministeriums, sagte in einer Besprechung der Rede Lloyd Georges, die Arbeiterchaft würde sie insofern willkommen heißen, als sie eine klare Feststellung über die Ziele sei, für deren Verwirklichung wir den Krieg fortsetzen. In einigen Beziehungen, sagte er, verfordere sie die erklärten Grundsätze und Ziele, welche die Arbeiterchaft bei der neulichen Konferenz als die wesentlichen Kriegsziele festgesetzt hat. Die Arbeiterchaft besteht, wie sie immer bestanden hat, auf der vollständigen Freiheit und Unerschütterlichkeit Belgiens, Serbiens, Rumaniens und Montenegro's und auf der Schaffung einer festen Grundlage für einen Bund der Nationen und Völker zum Zweck der Abrüstung und Verhütung künftiger Kriege. Dieses stellt unsere Mindestforderungen dar, welche keine Einschränkung duldet, und wenn wir dies erreichen, wünschen wir die vollständige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und die völlige Abhandlung aller Verträge hinsichtlich eines Wirtschaftskrieges oder Blockades. Die Arbeiter fordern nicht nur die Vernichtung des Militarismus in Deutschland sondern überall. Zum Schluß richtete Denderson einen Appell an die russischen Kameraden. Wenn diese irgendeine Grundlage der Verständigung mit den Westmächten für einen allgemeinen Frieden erzielen, so fordere er die Russen auf darauf zu bestehen, daß die Westmächte diese Grundlage zur Ermöglichung allen Regierungen und Völkern, die es angeht, unterbreiten werden.

Denderson vermied ängstlich, davon zu sprechen, daß die kriegführenden Regierungen ohne Ausnahme ja schon aufgefordert sind, in Brest-Litowsk zu den Friedensbedingungen zu erscheinen, es aber vorgezogen haben, diese Aufforderung stillschweigend abzulehnen. Wozu also der mindestens bei dieser Sachlage sonderbar anmutende Wunsch um abermalige Aufwartung bei den westlichen Alliierten. Warum ergötzt Denderson die Arbeiter nichts von diesen Angelegenheiten? Der kürzlich infolge seines bekannten Briefes so viel erwähnte Lord Lansdowne meldete in einer Unterredung, er kenne vorläufig die Rede Lloyd Georges zwar nur im Auszuge, aber er habe mit Befriedigung bemerkt, daß der Premierminister in den bestimmten Wendungen den Grundsatze bekräftigt habe, daß England niemals nach großer Macht gestrebt habe, sondern vielmehr danach, sich von den Hoffnungen und Plänen des Militarismus abzuwenden. Er stimme mit der Ansicht des Premierministers überein, daß ein gerechter dauerhafter Frieden nur auf den drei von Lloyd George dargelegten Bedingungen gegründet sein könne. Die Annahme dieser Bedingungen durch Deutschland würde in sich schließen, daß der alte Geist militärischer Herrschaft ausgelöscht habe.

### Der Krieg.

#### Finnlands Selbständigkeit anerkannt.

Deutsche amtliche Erklärung.

Nachdem die russische Regierung erklärt hat, daß sie zur sofortigen Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands bereit sei, sobald ein Antrag der Finnen vorliege, und nachdem die finnische Regierung einen entsprechenden Schritt in Petersburg getan hat, der entgegenkommend aufgenommen worden ist, hat der Kaiser den Reichskanzler unter dem 4. dieses Monats beauftragt, den in Berlin anwesenden Bevollmächtigten der finnischen Regierung, Staatsrat Hielt, Professor Erich und Direktor Sario, namens des Deutschen Reiches die Anerkennung der finnischen Republik auszusprechen. Graf Hertling hat in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Freiherrn von dem Busche, die drei Bevollmächtigten empfangen und ihnen die Anerkennung seitens Deutschlands erklärt.

#### Der Bürgerkrieg in Rußland.

Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur berichtet, wurden in verschiedenen Gouvernements Attentate gegen die Sowjets verübt. Die Tomsker und Gorbomangener Sowjetgebäude wurden während der Sitzung angezündet. Alle Lösungsversuche waren vergebens. In Samara fand eine Explosion im Rathaus statt, wo der Sowjet sagte. Sieben Personen wurden getötet. In der Stadt wurde der Kriegszustand erklärt.

#### Geöffnete Bankguthaben der Verbandsbotschaften.

Ein bedeutames Licht auf das Verhältnis Rußlands zu den Verbündeten wirft folgende Petersburger Meldung: Der Volkskommissar des Auswärtigen hat den russischen Banken verboten, irgendwelche Depositionen an fremde Botschaften zurückzugeben, solange die Gelder der alten Re-

gierung, die außer Landes deponiert sind, den Volkskommissaren vorenthalten werden. Danach hat also Rußland das in England hinterlegte Geld bisher vergeblich zurückgefordert. Wenn jetzt die Bankkonten gesperrt werden, so werden damit zugleich die gegenrevolutionären Untriebe unmöglich gemacht.

#### Weshalb Rußland Frieden braucht.

Im Gegensatz zu verschiedenen russischen Zeitungen, die den Artikel veröffentlichten, schreibt Nowaja Schina zu den Verhandlungsschwierigkeiten: Wie, Mitbürger, denkt ihr wirklich wieder den Krieg mit Deutschland zu beginnen, nachdem das Offizierskorps vernichtet, die Front in eine chaotische Masse verwandelt und die wenigen widerstandsfähigen Abteilungen an inneren Kämpfen beteiligt sind, nachdem die gesamte Waffenindustrie oberschafft ist? Wollt ihr Krieg anfangen, wo die gesamte Popularität der Staatsregierung darauf beruht, daß sie einen rechtmäßigen, demokratischen Frieden zu schaffen im Begriff stand?

#### Kerenski's Rechtfertigung.

Der ehemalige Diktator Kerenski hat einen vollständigen Bericht über seine Verwaltung verfaßt, in dem er alle Einzelheiten des Verlaufs der Revolution schildert. Er gibt ein Bild von der Lage an der Front und legt die Gründe für die Verbannung des Barren nach Tobolsk dar. Das Schriftstück soll der gesetzgebenden Versammlung vorgelegt werden.

#### Die Handelspolitik der Maximalisten.

Die russischen Blätter veröffentlichten ein bemerkenswertes Gespräch mit dem Volkskommissar Lunatscharski über die zukünftige russische Handelspolitik. Die Volkskommissare planten demzufolge, amerikanischen Geschäftsmännern vorteilhafte Konzessionen in Rußland auf zehn Jahre zu überlassen, wodurch sie sich bedeutende Summen verschaffen könnten. Amerika wolle dafür große Anleihen bewilligen. Der russische Außenhandel soll Staatsmonopol werden. Es soll sich dabei um einen eigentlichen Tauschhandel ohne Berücksichtigung von Geldwerten handeln. Schweden habe bereits auf dieser Grundlage Lieferungen angeboten.

### Vor der Entscheidung.

Wie steht es um die Verhandlungen in Brest-Litowsk?

A-41 Berlin, 7. Januar.

Die Ereignisse in Brest-Litowsk, die man bei uns allgemein als Zwischenfall bezeichnet, haben eine eigenartige Atmosphäre der Unruhe und Erwartung, der Spannung und leider auch — der Gerüchtmacherei geschaffen. Wenn es erlaubt ist, aus den mannigfachen Äußerungen der Parlamentarier und der Presse von rechts und links ein Urteil über die Stimmung zu fällen, so darf man sagen, daß die Mehrheit des Reichstages der Ansichtung ist, daß die kritische Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker letzten Endes von den Volksvertretungen entschieden werden muß und daß es demgemäß durchaus gerechtfertigt war, wenn unsere Unterhändler in Brest-Litowsk die in den besetzten Gebieten vor dem Kriege vorhandenen oder während desselben entstandenen Volksvertretungen als die nächsten Träger des Volkswillens bezeichneten.

Es darf dementsprechend behauptet werden, daß die Mehrheitsparteien — alle Gerichte von Herpolitikern sind unzutreffend — entschlossen sind, die Politik des Reichskanzlers und des Staatssekretärs v. Kühlmann nachdrücklich zu unterstützen. Diese Auffassung der Lage dürfte auch in der Besprechung zum Ausdruck gekommen sein, die der Kanzler am Sonntag mit den Führern der Fraktion abhielt. Hierbei ist auch wohl das Gerücht vom Abschiedsgesuch des Ersten Generalquartiermeisters Ludendorff zur Sprache gekommen, das dann später durch eine amtliche Erklärung als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet wurde. Der Kanzler gab im übrigen ein durchaus beruhigendes Bild der Lage. Der Eindruck seiner Worte wird gewissermaßen verhärtet durch eine Veröffentlichung der halbamtlichen Nordd. Allgem. Zig., die hervorhebt, daß keineswegs die deutschen Unterhändler den Zwischenfall von Brest-Litowsk herbeigeführt hätten, sondern vielmehr die Vertreter Rußlands, die irgendeiner Negung oder Strömung plötzlich nachgegeben haben. Das halbamtliche Blatt gießt Öl auf die Bogen des Meinungsstreites, der in den letzten Tagen um Brest-Litowsk entbrannt war, indem es schreibt: „Lokal, wie bisher, wollen wir weiter verhandeln, wenn die Bolschewiki zu den Tatsachen zurückfinden, die zum Frieden führen: kühl werden wir unserer Stärke vertrauen, wenn die russischen Vertreter in irgendeiner Weise den Anschluß an die unsere Vernichtung desgewandten Pläne der Westmächte erklären.“